

Council of European Municipalities and Regions
Conseil des Communes et Régions d'Europe
Συμβούλιο των Ευρωπαϊκών Δήμων και Περιφερειών
Consejo de municipios y regiones de Europa
Consiglio dei comuni e delle regioni d'Europa
Raad der Europese gemeenten en regio's
Conselho dos municípios e regiões da Europa

| RGRE | Gereonstraße 18 – 32 | 50670 Köln



Rat der Gemeinden und Regionen Europas | Deutsche Sektion

Datum Juli 2016

Unser Zeichen 81.00.06

Telefon +49 221 3771-0

Durchwahl 3771-3 15

Telefax +49 221 3771-7 315

RGRE – INFOBRIEF 3 / 2016

Bearbeitet von

Lyudmyla Dvorkina

Infobrief

für

Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen

in Rat und Verwaltung

IN EIGENER SACHE

Bitte teilen Sie uns mit, wenn sich Ihre E-Mail-Anschrift ändert.

Schicken Sie uns einfach eine E-Mail an: [infobrief\(at\)rgre.de](mailto:infobrief(at)rgre.de).

Bitte fügen Sie dieser E-Mail auch Ihre Anschrift sowie Ihre Mitgliedsnummer bei.

Wir danken für Ihre Hilfe und wünschen angenehme Lektüre.

Ihr RGRE-Team

Hinweis: Die im Infobrief aufgeführten Informationen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der genannten Daten können wir allerdings keine Gewähr übernehmen.



INHALTSVERZEICHNIS

I. DEUTSCHE SEKTION DES RGRE	2
RGRE unterstützt die EU-Kommission in ihren Vorschlägen zur Reform des Europäischen Asylsystems – und fordert weitere Schritte.....	2
II. EUROPÄISCHER RGRE (CEMR)	3
Neue Publikation des CEMR “Local and Regional Governments in Europe: Structures and Competences”.....	3
10-jähriges Jubiläum der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene	3
III. EUROPÄISCHE UNION	4
Slowakische EU-Ratspräsidentschaft.....	4
IV. KOMMUNALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	4
Das Projekt „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“ startet 2017 in die Pilotphase...	4
V. VERÖFFENTLICHUNGEN	5
Zeitschriftenspiegel	5
VI. PARTNERSCHAFTSARBEIT	5
Partnerschaftsgesuche	5
aus der Ukraine:	5
<i>Dnipropetrovsk</i>	5
<i>Balta (Region Odesa)</i>	6
<i>Yahotyn</i>	6
aus Palästina	7
aus Kamerun:.....	7
<i>Ayos</i>	7
<i>Dzeng</i>	7
aus Namibia.....	7
aus Mosambik	8
TWINNING Website	8
VII. VERANSTALTUNGEN/WETTBEWERBE/SONSTIGES	8
Kommunalpolitischer Preis der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung 2017	8
Europe-Direct-Informationszentren besser aufstellen.....	9
8. Speyrer Europarechtstage: Aktuelle Fragen des Europäischen Beihilferechts	9
Kommune goes International	10
Ausschreibung des Programms „Willkommen Türkei! Deutsch-türkische Schüleraustauschprojekte“	10



I. DEUTSCHE SEKTION DES RGRE

RGRE unterstützt die EU-Kommission in ihren Vorschlägen zur Reform des Europäischen Asylsystems – und fordert weitere Schritte

Der europäische RGRE (Council of European Municipalities and Regions /CEMR) hat sich mit einem weiteren Positionspapier („Call for a real common European asylum policy“) zur Flüchtlingskrise zu Wort gemeldet. Nachdem der CEMR sich in der Sitzung seines Präsidiums im Dezember 2015 in Paris erstmals als kommunale Stimme in die europäische Diskussion einbrachte, ging es jetzt in der Sitzung in Nikosia darum, sich konkreter und vor dem Hintergrund der von der EU-Kommission in der Mitteilung vom 06.04.2016 vorgelegten Vorschläge zur Reform des europäischen Asylsystems zu äußern.

Der CEMR betont, dass die Flüchtlingskrise auf europäischer Ebene gelöst werden muss und erneuert in diesem Zusammenhang seinen Appell an die europäische Solidarität. Er fordert, ganz im Sinne der EU-Kommission, ein Umverteilungssystem, das über die Beschlüsse vom September 2015 zur Verteilung von 160.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien hinausgeht.

Das Abkommen mit der Türkei nimmt der CEMR zur Kenntnis, lässt aber mit der Forderung nach einer gründlichen Überwachung seiner Umsetzung und einer Bewertung seiner Ergebnisse doch einen kritischen Unterton erkennen.

Unter der Überschrift „Finanzielle Aspekte“ fordert der CEMR eine Anpassung der Operationellen Programme in der laufenden Phase der Strukturfonds an die neuen Gegebenheiten, um aus den Strukturfonds in stärkerem Maße Maßnahmen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise finanzieren zu können. Darüber hinaus schlägt der CEMR vor, zinslose Kredite der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung zu stellen.

Unter Bezug auf die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes tritt der CEMR für Wohnsitzauflagen für Flüchtlinge ein, die Sozialleistungen beziehen.

Mit dem Hinweis, dass erfolgreiche Integration voraussetzt, dass die Flüchtlinge europäische Werte respektieren, macht der CEMR deutlich, dass Integration ein Projekt ist, das Anstrengungen auf beiden Seiten erfordert.

Die deutsche Version der CEMR- Resolution vom 20.04.2016 kann [hier](#) abgerufen werden, die englische Fassung befindet sich [hier](#).



II. EUROPÄISCHER RGRE (CEMR)

Neue Publikation des CEMR “Local and Regional Governments in Europe: Structures and Competences”

Mit dem Ziel, die Kenntnisse über die Arbeit der Kommunen und Regionen in Europa zu festigen sowie die territoriale Vielfalt der europäischen Staaten hervorzuheben, veröffentlichte unser Dachverband Council of European Municipalities and Regions (CEMR) Anfang Juni 2016 eine Publikation mit dem Titel „[Local and Regional Governments in Europe: Structures and Competences](#)“. Die Publikation ist Ergebnis einer Studie, die in den CEMR-Mitgliedsverbänden durchgeführt wurde und nun in englischer und französischer Sprachen vorliegt.

Die Publikation fasst in kurzen Abschnitten kommunalrelevante Länderinformationen über die 42 Staaten zusammen, in denen der CEMR mit Sektionen vertreten ist. Darüber hinaus wird in Form einer Informationsgraphik eine übersichtliche Darstellung wichtiger Eckpunkte zum lokalen und regionalen Europa präsentiert.

Somit bietet die vorliegende Publikation einen guten Überblick über die lokale und regionale Struktur in Europa und kann womöglich auch für Sie einige neue Erkenntnisse bringen. Gerne können Sie die Publikation an Interessenten weiterleiten.

Im Rahmen dieser Studie veröffentlichte der CEMR auch ein Video, das auf der Webseite des CEMR unter <http://www.ccre.org/en/actualites/view/3295> abgerufen werden kann.

10-jähriges Jubiläum der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

Am 12. Mai 2006 verabschiedete der europäische RGRE (Council of European Municipalities and Regions/CEMR) in Innsbruck die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene und setzte damit ein Projekt in Gang, das wohl zu den erfolgreichsten Aktivitäten des CEMR zählt. 1.533 Kommunen aus 33 europäischen Ländern haben bisher die Charta unterzeichnet. An der Spitze der Unterzeichnersektionen steht Italien mit 418 Kommunen, gefolgt von Frankreich (192) und Spanien (129). In Deutschland haben 46 Kommunen die Charta unterzeichnet und sich damit zur Umsetzung der Ziele der Charta bekannt.

Das zentrale Instrument der Umsetzung der Charta sind sog. Aktionspläne, in denen die Unterzeichnerkommunen darlegen, wie sie die Ziele der Charta vor Ort umsetzen wollen. Hier zeigt sich, dass in Deutschland die Umsetzung der Charta besonders engagiert vorangetrieben wird. Rund 50 Prozent der deutschen Unterzeichnerkommunen haben Aktionspläne vorgelegt (Italien rund 3 Prozent, Frankreich rund 8 Prozent, Spanien rund 10 Prozent). Das deutsche Engagement zeigt sich auch in den bisher zwei nationalen Konferenzen in Frankfurt am Main (2013) und Wuppertal (2016), in denen sich die deutschen Unterzeichnerkommunen auf Einladung der Deutschen Sektion des RGRE zum Erfahrungsaustausch trafen.

Interessenten an dem Thema sollten sich jetzt schon das Jahr 2018 vormerken. Dann wird in Bilbao eine europäische Konferenz des CEMR stattfinden, in der es unter dem Titel "Gleich-



stellung, Vielfalt & Beteiligung" (Equality, diversity & inclusion) auch um die Themen der Charta gehen wird.

Weitere Informationen zur Europäischen Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene (einschließlich dem Text der Charta) können [hier](#) abgerufen werden.

III. EUROPÄISCHE UNION

Slowakische EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli 2016 hat die Slowakei zum ersten Mal die EU-Ratspräsidentschaft in der EU übernommen. Bis zum 31. Dezember 2016 wird die slowakische Regierung die Sitzungen des EU-Ministerrates leiten. Am 1. Januar 2017 wird die Präsidentschaft dann an Malta übergehen. Zu den politischen Prioritäten ihrer halbjährigen Ratspräsidentschaft erklärte die Slowakei in ihrem [Programm](#) ein wirtschaftlich starkes Europa, einen modernen Binnenmarkt, eine nachhaltige Migrationspolitik und eine global engagierte EU.

IV. KOMMUNALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Das Projekt „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“ startet 2017 in die Pilotphase

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt startet die Bewerbung der Pilotphase ihres neuen Projektes „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“. Im Rahmen des Projektes werden Kommunen aus Deutschland und aus Ost- und Südosteuropa gemeinsam an der Umsetzung der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele arbeiten. Durch Erfahrungsaustausch, Koordination, Wissenstransfer und eine zielgerichtete gegenseitige Beratung und Unterstützung sollen die Nachhaltigkeitsziele anwendbar gemacht und ein Beitrag zur 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung geleistet werden. Das Angebot richtet sich an deutsche Kommunen mit Partnerschaften oder Kontakten in Albanien, Weißrussland, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Republik Moldau und Serbien. Auch deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden, die an einer kommunalen Zusammenarbeit in Ost- oder Südosteuropa interessiert sind, bisher aber noch keine Kontakte haben, sind willkommen. Interessenbekundungen für die Teilnahme am Projekt könnte bis Freitag, den **16. September 2016** eingereicht werden.

Kontaktperson und weitere Informationen:

Engagement Global gGmbH / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt:

Isabela Santos, Tel.: 0228 20717- 629, isabela.santos@engagement-global.de

Weitere Informationen und Unterlagen für die Interessensbekundung:

<https://skew.engagement-global.de/kommunale-nachhaltigkeitspartnerschaften.html>



V. VERÖFFENTLICHUNGEN

Zeitschriftenspiegel

Fundstelle	Ausgabe	Autor/in	Titel des Artikels
Deutsches Verwaltungsblatt	10/2016 S. 609ff.	Schwarz	Der EU-Rechtsrahmen zur Integration der Roma
Stadt und Gemeinde	5/2016 S. 203ff.		Stuttgarter Deklaration von 13. April 2016. Migration und Integration in Europa – Die Rolle der Städte und Gemeinden
Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht	11/2016 S. 735ff.	Fontana	Verfassungsrechtliche Fragen der aktuellen Asyl- und Flüchtlingspolitik im unions- und völkerrechtlichen Kontext
Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht	11/2016 S. 743f.	Hofmann/ Schmidt	Die Erklärung EU-Türkei vom 18.3.2016 aus rechtlicher Perspektive
Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht	10/2016 S. 633ff.	Bernsdorff	Sozialhilfe für nichterwerbstätige Unionsbürger – Kassel locuta, causa finita?
Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht	8/2016 S. 489ff.	Brauneck	Kein Zugang zu Dokumenten: politischer Handlungsspielraum der EU-Kommission in Gefahr?
Europarecht	2/2016 S.131ff.	Haratsch	Nationale Identität aus europäischer Sicht

VI. PARTNERSCHAFTSARBEIT

Partnerschaftsgesuche

aus der Ukraine:

Dnipropetrovsk

Von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt erreichte uns ein kommunales Partnerschaftsgesuch der Stadtverwaltung der ukrainischen Großstadt Dnipropetrovsk. Sie ist nach Kiew, Charkiw und Odessa die viertgrößte Stadt der Ukraine und ist das administrative Zentrum des Oblast Dnipropetrovsk. Die Stadt liegt am Fluss Dnipr, 404 km südöstlich der Hauptstadt Kiew in der zentralöstlichen Ukraine.



Die wichtigsten Industriezweige der Stadt sind Metallurgie (ca. 47%) und Energie (ca. 24%). Dnipropetrovsk ist ein wichtiger Finanz- und Industriestandort der Ukraine. Sie war eines der wichtigsten Zentren für Kernenergie-, Waffen- und Raumfahrtindustrie der Sowjetunion.

Die Stadt hat vielfältige Kulturgebäude wie Theater, Schauspielhäuser und Tanzbühnen für klassisches Ballett sowie Volkstänze. Außerdem hat Dnipropetrovsk einen internationalen Flughafen und ist sehr gut mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, insbesondere Zügen, erreichbar.

Die wichtigsten Kooperationsbereiche für die künftige Partnerschaftsarbeit sind Kultur, Bildung, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen sowie die Stadtentwicklung. Dnipropetrovsk unterhält bereits mehrere kommunale Partnerschaften mit Städten aus Kanada, Israel, Georgien, Österreich, China etc.

Balta (Region Odesa)

Von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt erreichte uns eine Anfrage, in der die ukrainische Stadt Balta aus der Region Odessa nach kommunalen Partnern in Deutschland sucht.

Balta zählt etwa 19.000 Einwohner und liegt am Ufer des Flusses Kodyma etwa 200 Kilometer von Odesa im Süden der Ukraine. In der Stadt gibt es Fabriken für Möbel, Ziegel und Textilien und eine Nahrungsmittelindustrie. Die Landwirtschaft spielt dank günstigen Klimabedingungen eine große Rolle. Etwa 18 Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft involviert.

Balta hat viele malerische Landschaften und ein interessantes historisches Kulturerbe sowie reiche nationale und kulturelle Traditionen. Aktuell wird in Balta ein Programm namens „Erhaltung des kulturellen und historischen Erbes und Entwicklung von Tourismus“ durchgeführt, welches durch lokale Historiker, Architekten und Bürger der Stadt entwickelt wurde. Die Stadt interessiert sich für eine Kooperation in unterschiedlichen Bereichen wie z.B. wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Jugend-, Kultur- und Erfahrungsaustausch. Balta unterhält bereits einige Partnerschaften und Kontakte mit Städten aus Polen und verfügt über einen Städtepartnerschaftsverein.

Yahotyn

Die ukrainische kreisfreie Stadt im Osten des Kyiver Gebiets namens Yahotyn möchte eine kommunale Partnerschaft mit einer deutschen Kommune eingehen. Die Stadt befindet sich am linken Ufer des Flusses Supiy und ist rund 104 km von der Hauptstadt Kyiv entfernt. Yahotyn hat eine günstige geographische Lage, eine gute Verkehrsanbindung mit der Hauptstadt sowie fruchtbare landwirtschaftliche Nutzflächen.

Die wichtigen wirtschaftlichen Zweige sind aktuell die Lebensmittel- und Maschinenbauindustrie sowie die Landwirtschaft, die eine hervorragende Rolle spielt. Die Stadt verfügt darüber hinaus über viele Industriebetriebe und Branchen wie Lebensmittel-, Fleisch- und Holzverarbeitung sind in Yahotyn ebenfalls vertreten.



Im Rahmen der künftigen Zusammenarbeit mit einer deutschen Kommune möchte die Stadt auf den Gebieten Wirtschaft, Landwirtschaft, Kultur, Bildung und Sport kooperieren. Yahoty unterhält bereits eine kommunale Partnerschaft mit der Stadt Kelerasch aus Moldawien.

aus Palästina

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) leitete an den RGRE eine Partnerschaftsanfrage aus einer palästinensischer Kommune Beit Fajjar (ca. 15.000 Einwohner) weiter. Die Kommune liegt ca. 10 km südlich der Stadt Bethlehem im Westjordanland. In Beit Fajjar werden Stein und Marmor gefördert sowie Oliven, Rosinen und Mandeln angebaut.

Angestrebt wird die Kooperation in Bereichen wie nachhaltige Entwicklung, kommunale wirtschaftliche Entwicklung und öffentliche Dienstleistungen.

aus Kamerun:

Ayos

Die kamerunische Gemeinde Ayos (ca. 30.000 Einwohner) aus dem zentralen Teil Kameruns möchte eine kommunale Partnerschaft mit einer deutschen Kommune eingehen.

Die wichtigsten Wirtschaftszweige von Ayos sind die Landwirtschaft sowie Handel mit Kakao, Kaffee, Bananen etc. Darüber hinaus ist die Fischerei stark ausgeprägt.

Mit der künftigen Partnerschaft strebt Ayos an, den fachlichen Austausch zu intensivieren sowie zur Völkerverständigung beizutragen. Außerdem wünschte Ayos den Austausch in Bereichen wie Bildung und Ausbildung von Jugendlichen, Zugang zu Trinkwasser und Strom, Landwirtschaft- und Abfallmanagement, Umweltschutz. Die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterstützt Ayos auf den Gebieten der Grundbildung, Trinkwasser und Bürgerhaushalt.

Dzeng

Die Gemeinde Dzeng (ca. 20.000 Einwohner) im Bezirk Nyong-et-So'o in der Region Centre in Kamerun äußerte ebenfalls den Wunsch für Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune. Dzeng liegt im Südwesten Kameruns, etwa 30 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Yaoundé und erstreckt sich über eine Fläche von 897 km². Die Gemeinde liegt an einer Wald-Piste in den Naturschutzwäldern und dem Urwald. Die wichtigsten Tätigkeitssektoren der Bevölkerung der Gemeinde stellen Landwirtschaft und Fischerei dar. Gewünschte Bereiche der Zusammenarbeit mit der künftigen Partnerstadt sind der fachliche Austausch in Bereichen wie Bekämpfung der Entwaldung, Basisinfrastruktur, Jugendausbildung.

aus Namibia

Von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt erreichte uns ein kommunales Partnerschaftsgesuch aus der namibischen Stadt Katima Mulilo aus der Region Sambesi, die im Nordosten Namibias liegt und ca. 30.000 Einwohner zählt. Die wichtigsten Wirtschaftszweige



der Stadt sind Fischerei, Tourismus und Landwirtschaft. Aus touristischer Perspektive sind die Victoria-Wasserfälle, Kulturpfade, der Liambezi See sowie die vielfältige Flora und Fauna interessant.

Katima Mulilo möchte sich innerhalb der künftigen Partnerschaft über die nachhaltige Stadtentwicklung, Naturkatastrophenmanagement, Bürgerbeteiligung, Wissensaustausch und – Aufbau innerhalb der Kommunalverwaltung auszutauschen.

aus Mosambik

Die Gemeinde Mandlakazi aus der Region Gaza im Süden von Mosambik, die sich über eine Fläche von 98,3 km² erstreckt und ca. 35.655 Einwohner hat, möchte eine kommunale Partnerschaft in Deutschland eingehen. Handel, Landwirtschaft sowie die Rohstoffindustrie sind die wichtigsten Wirtschaftszweige der Region. Außerdem sind die Keramik- und Holzindustrie stark ausgeprägt. Gewünscht ist der Austausch auf den Gebieten der Städteplanung, Dezentralisierung, Gesundheit und Bildung usw.

Kommunen, die sich für eine Partnerschaft interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Tel: 0221/3771-315, Frau Dvorkina (E-Mail: lyudmyla.dvorkina@staedtetag.de).

TWINNING Website

Die folgenden Kommunen haben auf der [Twinning-Website](#) des europäischen Dachverbandes des CEMR ein Gesuch eingestellt und ihr Interesse am Aufbau einer Partnerschaft mit einer deutschen Kommune geäußert:

RUMÄNIEN:

[Barcea](#): eine Gemeinde im Kreis Galați im Osten Rumäniens mit ca. 6.130 Einwohnern;
[Primăria Varias](#): eine Gemeinde im Kreis Timiș, in der Region Banat, im Südwesten Rumäniens mit ca. 5.680 Einwohnern;

TSCHECHIEN:

[Březina](#): eine Gemeinde mit ca. 300 Einwohnern. Sie liegt acht Kilometer nördlich von Rokycany im Brdywald und gehört zum Okres Rokycany.

Der verlinkte Ortsname führt Sie auf die entsprechende Seite im [Twinning-Portal](#). Dort finden Sie nähere Angaben zu den Gesuchen und auch die Namen, Telefonnummern oder E-Mail-Adressen der Kontaktpersonen.

VII. VERANSTALTUNGEN/WETTBEWERBE/SONSTIGES

Kommunalpolitischer Preis der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung 2017

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas ist Partner eines Konsortiums zur Verleihung des kommunalpolitischen Preises der Carl und Anneliese Goerdeler-



Stiftung für herausragende Leistungen der kommunalen Verwaltung und Kommunalpolitik in Europa, der im Jahre 2016 erstmals vergeben wurde.

Der kommunalpolitische Preis der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung 2017 steht unter dem Motto „Kommunale Solidarität in Zeiten der Krise – Interkommunale Zusammenarbeit bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen“ und will damit die Arbeit von nationalen sowie internationalen Kooperationen von Gebietskörperschaften würdigen.

[Hier](#) ist die Ausschreibung mit näheren Informationen abrufbar. Bitte beachten Sie, dass die Frist für die Antragstellung der **15. August 2016** ist.

Europe-Direct-Informationszentren besser aufstellen

Die Europaministerkonferenz (EMK) hat sich Ende April 2016 mit der Situation der Europe-Direct-Informationszentren (EDIC) in Deutschland befasst und mit einigen Verbesserungsvorschlägen an die EU-Kommission zu Wort gemeldet. Hintergrund der Aktion der EMK ist eine Konsultation der EU-Kommission zur Vorbereitung der Ausschreibung für die neue EDIC-Förderperiode 2018 bis 2023.

Die Europe-Direct-Informationszentren stehen für ein dezentrales Netz der Europainformation für die Bürger und Bürgerinnen in der EU. Europaweit gibt es 518 solcher Informationszentren. In Deutschland sind es 55, wobei häufig Kommunen die Träger dieser Einrichtungen sind.

Grundlage der Befassung der EMK mit diesem Thema war eine Umfrage zur Situation der EDIC in Deutschland, die einige interessante Einblicke hervorbrachte. Kurz zusammengefasst sind die EDIC unterfinanziert, leiden unter einem zu hohen Verwaltungsaufwand hinsichtlich erforderlicher Dokumentationen, Berichtspflichten, Evaluierungserfordernissen und Förderanträgen zur finanziellen Unterstützung ihrer Arbeit, vermissen zielgruppengerechtere Informationsmaterialien und beklagen die mangelnde Flexibilität der Kommunikationspräferenzen der EU-Kommission bezüglich einer eventuellen Berücksichtigung eigener Schwerpunkte vor Ort.

Der vollständige Bericht über die Situation der Europe-Direct-Informationszentren kann [hier](#) abgerufen werden. Der daraus resultierende Beitrag der EMK zur Konsultation der EU-Kommission befindet sich [hier](#).

8. Speyrer Europarechtstage: Aktuelle Fragen des Europäischen Beihilferechts

Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer führt am **26./27. September 2016** in der Aula der Universität Speyer eine Tagung zu aktuellen Fragen des europäischen Beihilferechts durch. Die Tagung richtet sich u.a. auch an Mitarbeiter/innen im öffentlichen Dienst. Die Teilnehmerzahl ist auf 80 Personen begrenzt. Die Teilnahmegebühr beträgt 400 Euro. Weitere Details (ausführliches Programm, Anmeldeformular) finden Sie [hier](#).



Kommune goes International

Das bundesweite **Netzwerk Kommune goes International (KGI)** möchte Internationale Jugendarbeit auf kommunaler Ebene strukturell verankern und nachhaltig stärken. Als Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland (IJAB) unterstützt IJAB im Rahmen des KGI-Netzwerks Kommunen, die politische Prozesse zur Umsetzung dieser Zielvorstellung anstoßen oder intensivieren möchten, mit einem vielseitigen Angebot:

- **Beratung:** Die KGI-Kommunen werden von IJAB regelmäßig beraten und bei der strukturellen und politischen Verankerung Internationaler Jugendarbeit vor Ort begleitet.
- **Vernetzung:** Bundesweite Netzwerktreffen, Werkstattgespräche und Fachtage bieten den Netzwerkmitgliedern eine Plattform, sich regelmäßig auszutauschen und weiterzubilden. Zudem gibt es die Option eine Tandem-Patenschaft mit einer anderen Kommune einzugehen.
- **Information:** Für die KGI-Kommunen werden Handreichungen und Arbeitshilfen zu relevanten Themen erstellt und ein Infobrief mit aktuellen Inhalten versendet.
- **Qualifizierung:** Im Rahmen von Trainingsseminaren können sich Fachkräfte aus den Kommunen zu einer Vielzahl von Themen fortbilden. Zudem gibt es die Möglichkeit an Fortbildungen wie der Eurodesk-Mobilitätslotsenschulung oder Eurodesk-Förderprogrammworkshop teilzunehmen.

Wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen zeigen, dass Internationale Jugendarbeit einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft leisten kann. Explizites Ziel des KGI-Netzwerks ist es daher, Rahmenbedingungen vor Ort zu schaffen, die es allen jungen Menschen ermöglichen, grenzüberschreitende Mobilitätserfahrungen zu machen. KGI wurde mit einer dreijährigen Modellphase im Jahr 2011 ins Leben gerufen und nimmt seit 2015 stetig neue Städte, Gemeinden und Landkreise in sein Netzwerk auf. Es ist Teil der jugendpolitischen Initiative [JiVE. Jugendarbeit International – Vielfalt erleben](#) und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Das KGI-Team begleitet Sie und Ihre Kommune gerne in einem individuellen Prozess dabei, Internationale Jugendarbeit eine feste Bestandsgröße in der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort werden zu lassen. Nehmen Sie gerne Kontakt per Telefon (0228 9506 102) oder Email (kgi@ijab.de) auf. Weitere Informationen finden Sie zudem hier: <https://www.ijab.de/kgi/>.

Ausschreibung des Programms „Willkommen Türkei! Deutsch-türkische Schüleraustauschprojekte“

Auch dieses Jahr schreibt die Robert Bosch Stiftung das Programm „Willkommen Türkei! Hoşgeldin Almanya! Deutsch-türkische Schüleraustauschprojekte“ aus.

Die Ausschreibung richtet sich an alle deutschen und türkischen Schulen ab der 5. Jahrgangsstufe, die ihren Schülern ermöglichen möchten, durch Besuch und Gegenbesuch das jeweils andere Land kennenzulernen und neue Kontakte zu knüpfen. Während der Begegnungen sollen die Schüler auf der Grundlage ihrer Ideen und Interessen gemeinsam ein Projekt gestalten. Dazu müssen jeweils eine deutsche und eine türkische Schule partnerschaftlich zusammenar-



beiten.

Ab sofort können die deutschen Projektpartner für sich und ihre türkischen Partnerschulen Anträge bei der Deutsch-Türkischen Jugendbrücke einreichen. Weitere Informationen zur Ausschreibung und zum Programm „Willkommen Türkei! Hoşgeldin Almanya!“ befinden sich auf der [Website des Projekts](#) und der [Deutsch-Türkischen Jugendbrücke](#).